



Bündnis
Nein zum Krieg

Friedenspolitischer Gesprächskreis
im DGB Kreis Marburg-Biedenkopf



Ralf Schrader

Klima und Frieden –

ein Plädoyer für Abrüstung
in Zeiten der Klimakrise

Neudruck - zum 6. November 2025
Internationaler Tag für die Verhütung der Ausbeutung
der Umwelt in Kriegen und bewaffneten Konflikten

Aktuelles Vorwort zum Neudruck der Broschüre im Oktober 2025



Die Broschüre erscheint in ihrem Inhalt unverändert, obwohl seither fast 6 Jahre vergangen sind. Sie ist Zeitdokument, aber - leider - nach wie vor aktuell. Die Organisationsgeschichte des Marburger Bündnisses ('Nein zum Krieg') ist weitergegangen. Es hat jetzt auch ein anderes Logo (s.o.). Der Grundkonsens unserer Bündnisarbeit ist unverändert: Krieg und Militär sind schädlich und ungeeignet zur Lösung der bestehenden Konflikte, daher lehnen wir sie ab.

Ich schrieb auf S. 4: "Krieg ist nicht nur ein Verbrechen, sondern auch die größte organisierte Umweltzerstörung. Zerstörung der Umwelt wiederum verschärft Ressourcenkämpfe mit Krieg als Folge. Krieg und Kriegsvorbereitungen kosten uns gerade das Geld und die Ressourcen, die wir brauchen, wenn wir die Umwelt retten wollen."

Dieser Zusammenhang ist seit dem Erstdruck im Dezember 2019 durch die Kriegsereignisse in Osteuropa und im Nahen Osten auf dramatische Weise bestätigt worden. Aber neben dem Trommelfeuer der Meldungen über die Einsätze von neuartigen Distanzwaffen und ihre Opfer erscheint die folgende Überschrift doch eher exotisch: "237 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß: Ukraine-Krieg heizt Klimakrise an." (RND/dpa v. 8.10.2025)

In einem Beitrag auf *MDR Wissen* hatte Jürgen Scheffran, Physiker und Experte für Klimawandel und Sicherheit, schon am 28. Juli 2025 erläutert: 5,5 Prozent der globalen Emissionen gehen auf das Konto der Streitkräfte dieser Welt, "eine Schätzung, da es bisher keine offiziellen Angaben gibt, weil das Militär aus den Klimaverhandlungen ausgenommen wurde und damit auch die Berichterstattungspflicht nicht gegeben ist." Zu diesen 5,5 Prozent gehört alles, was beim Militär eine Rolle spielt: Ausrüstung, Munition, Treibstoff, Militärbasen, Verpflegung, Logistik und auch Krankenhäuser. Im Ukraine-Krieg wird erstmals eine Klimabilanz erstellt. Danach wurden in den ersten drei Jahren 230 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt, vergleichbar mit dem Jahresverbrauch eines gesamten westlichen Landes, zum Beispiel mit den CO₂-Emissionen Spaniens und seiner 48 Millionen Einwohner. Im

Gazastreifen sollen die Klimafolgen bereits nach 60 Tagen Kriegshandlung bei 30 Millionen Tonnen gelegen haben.

Nach Scheffran werden aber die indirekten Folgen des Krieges noch größere Auswirkungen auf den Klimawandel haben: Wird eine Stadt zerbombt, fallen gewaltige Mengen Beton und Stahl an, die ersetzt werden müssen. Für jede Tonne Zement entsteht bei der Herstellung fast eine Tonne CO₂, für Stahl sogar das Doppelte.

Die Zerstörung der inzwischen unbewohnbaren Umwelt der palästinensischen Bevölkerung in Gaza ist unermesslich. Heute scheint sich endlich eine konkrete Hoffnung für die Beendigung dieses Krieges zu eröffnen. Ein Ende des Ukrainekrieges ist dagegen eben so wenig abzusehen wie die Gewinnung von Perspektiven für dauerhafte Friedensprozesse. Im Gegenteil, die Politik hält Deutschland im Kriegstüchtigkeitsfieber, und die Gesellschaft beginnt, in Vorkriegshysterie zu taumeln. Sowohl der Erhalt (geschweige der Ausbau) der sozialen Infrastruktur als auch die Transformation des Wirtschaftssystems hin zu ökologischer Nachhaltigkeit drohen unter die Räder - und Panzerketten - zu kommen.

Das Marburger Bündnis 'Nein zum Krieg' hat jetzt diesen Nachdruck dieser Broschüre besorgt, um die Aktionen am

**Internationalen Tag für die Verhütung
der Ausbeutung der Umwelt
in Kriegen und bewaffneten Konflikten**

zu unterstützen, für den die UN-Generalversammlung durch Beschluss im Jahr 2001 den 6. November festgelegt hat.

Die Folgen von Kriegen werden meist an den Opferzahlen und den zerstörten Ortschaften gemessen. Aber die Schäden an der Umwelt reichen weiter und werden das Leben kommender Generationen beeinträchtigen.

Ralf Schrader, Marburg, 12.10.2025

„ System Change Not Climate Change“ *

dieser Kampfruf der aktuellen Klimabewegung muss hinsichtlich der Bedeutung des *System Change* inhaltlich gefüllt und geschärft werden.

Wenn der Aufbruch zu einer ökosozialen Wende von den vielfältigen Akteuren als Notwendigkeit und zugleich historische Chance begriffen wird, muss er auch die **Transformation des Militärischen und die Zivilisierung der Politik** einbeziehen.

Rüstung, Aufrüstung und das Streben nach Überlegenheit bedrohen die Menschheit mit Krieg und verschlingen die Mittel, die für ein konsequentes Umsteuern zugunsten einer ökosozialer Wende benötigt werden.

*(z.B.: <https://systemchangenotclimatechange.org/>)

Diese Broschüre entspricht einem Vortrag im Rahmen der Public Climate School @ Klimastreikwoche am 28.11.2019 in Marburg, hier mit geringfügigen Ergänzungen.

(Programm:

<https://www.uni-marburg.de/de/fb15/arbeitsgruppen/ag-kuzu/scientists-4-future-marburg/programm-print-public-climate-school-stand-18112019.pdf>)

Ralf Schrader, Marburg, Dezember 2019

Kontakt: schrader.marburg@t-online.de

Titelbild: Fahrradralley zum Standort der Division Schnelle Kräfte, Herrenwaldkaserne Stadtallendorf am Ostersonntag 2019

Klimabewegung und Friedensbewegung

Plädoyer für Abrüstung in Zeiten der Klimakrise

A Zur Vorgeschichte des Marburger Bündnisses ‚Nein zum Krieg‘
Aktionen, Voraussetzungen, Akteure (S. 4)

B Klimabewegung und Friedensbewegung

These 1

Wer das Klima retten will, muss die Umweltzerstörung stoppen. Dazu ist ein tiefgreifender Politikwechsel notwendig. (S. 16)

These 2

Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen will, darf nicht schweigen über die Ressourcenvernichtung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten. (S. 18)

Beispiel 1 „Neue Welt“ und 30jähriger Krieg

Beispiel 2 Die Weltkriege des letzten Jahrhunderts

Imperialismus und Erster Weltkrieg

Zweiter Weltkrieg. Neue Vernichtungspotenziale

Beispiel 3 Vietnamkrieg

Beispiel 4 Jugoslawienkrieg

Beispiel 5 Afghanistan und...

Detail 1 Waffenexport

Detail 2 Aufrüstung

These 3

Wer Kriegsvorbereitungen stoppen will, darf Aufrüstung nicht zulassen. (S. 37)

These 4

Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen, also auch die Ressourcenvernichtung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten stoppen will, darf nicht schweigen gegenüber dem kapitalistischen System. (S. 40)

Klimabewegung und Friedensbewegung Plädoyer für Abrüstung in Zeiten der Klimakrise

A Zur Vorgeschichte des Marburger Bündnisses ‚Nein zum Krieg‘

Ich sehe zwei zwingende Argumente, warum wir uns zusammentun sollten, und würde mich über einen Konsens freuen:

1. Krieg ist nicht nur ein Verbrechen, sondern auch die größte organisierte Umweltzerstörung. Zerstörung der Umwelt wiederum verschärft Ressourcenkämpfe mit Krieg als Folge.
2. Krieg und Kriegsvorbereitungen kosten uns gerade das Geld und die Ressourcen, die wir brauchen, wenn wir die Umwelt retten wollen.

Mein Name ist Ralf Schrader. Ich wohne in Marburg, war Lehrer und bin Jahrgang 1942. Meine Heimatstadt Kassel ist am 22. Oktober 1943 im Feuersturm einer einzigen Nacht vollkommen verbrannt worden. In einem Bericht 2018 anlässlich einer Gedenkveranstaltung heißt es: „Mehr als 420.000 Brandbomben entfachten einen gewaltigen Feuersturm und töteten 10.000 Menschen, unzählige weitere wurden verletzt. Selbst aus über 50 Kilometern Entfernung war der nächtliche Feuerchein noch zu sehen, die Überreste der zerstörten Gebäude brannten tagelang.

Um 20:17 Uhr warnten die Sirenen die damals rund 225.000 Einwohner Kassels. Eine knappe halbe Stunde später begann das Bombardement durch die Alliierten. Wegen seiner hohen Bedeutung als Rüstungsstandort war Kassel besonders im Visier. Die Firma "Henschel & Sohn" produzierte Lokomotiven, Panzer und Lastwagen. Auch der Waggon- und Flugzeugbau spielte in der Fachwerkstadt eine wichtige Rolle. Insgesamt 40 Bombenangriffe musste Kassel aufgrund seiner Schlüsselrolle in der Rüstungsindustrie zwischen 1940 und 1945 über sich ergehen lassen.

85 Prozent der Wohnungen und 65 Prozent der Industrieanlagen erlagen den Angriffen der Nacht vom 22. Oktober 1943. In der mittelalterlichen Altstadt zerstörte der Feuersturm so gut wie jedes einzelne der größten-

teils aus Fachwerk bestehenden Häuser. Fast jeder, der die Bombardierung überlebte, hatte Freunde und Angehörige verloren.“

<https://rtl-hessen.de/beitrag/kassel-gedenkfeier-75-jahre-bombennacht>

Ich möchte nicht zynisch erscheinen, wenn ich an dieser Stelle zu überlegen gebe: Was für eine CO2-Bilanz war das? Aber war das überhaupt klimarelevant - wenn nicht, wofür war es relevant?

Kassel war nicht die einzige Großstadt, die mit dieser Kriegstechnik in Schutt und Asche gelegt wurde, es waren hunderte. Und es waren hunderttausende Menschen, die umkamen. Das Gejammer über diesen Kriegsterror war groß, aber das Nazi-Reich hatte mit dem Luftkrieg gegen wehrlose Zivilisten in den Städten begonnen. Bereits am 1. September 1939 attackierten deutsche Stukas das polnische Wielun. Militärisch war der Angriff sinnlos. Es folgten Warschau, Rotterdam und die Attacken deutscher Bomber auf die britischen Städte im sogenannten Luftkampf um England. Zig Tausende Zivilpersonen wurden dabei umgebracht, allein beim Angriff auf Coventry am 14. November 1940 warf die Luftwaffe insgesamt über 500 Tonnen Sprengbomben, 50 Luftminen und 36.000 Brandbomben ab. Bei den in England **The Blitz** genannten Operationen zwischen dem 7. September 1940 und dem 16. Mai 1941 kamen rund 43.000 Zivilisten ums Leben, über eine Million Häuser wurden beschädigt oder zerstört.

https://de.wikipedia.org/wiki/Luftschlacht_um_Englandhttps://de.wikipedia.org/wiki/Luftschlacht_um_England

In ganz Europa brannte es, in den Schlachtkesseln von Smolensk bis Stalingrad, später in Nordafrika und im Ruhrgebiet. In den Vernichtungslagern wurde die Luft mit Leichen geheizt. Zur Befeuerung des Krieges wurden wahnwitzige Mengen an Rohstoffen benötigt, für die Produktion von Panzern und Kanonen, Flugzeugen und Schlachtschiffen, für Munition, den Bau von Festungsanlagen und Bunkern, für Treibstoffe, Truppenbewegungen, für den Vormarsch und für den Rückzug.... Wie viel Arbeits-Enthusiasmus von Ingenieuren, technisch-wissenschaftlicher Intelligenz, welche Menschenverachtung, Quälerei, Strapazen und Opferbereitschaft,

wie viel absurdes Ausharren bis zum bitteren Ende da sinnlos vergeudet wurde, das ist nicht darstellbar.

Als der Krieg vorbei war und wir Jungen heranwuchsen, hatten wir immerhin von all dem eine vage Ahnung. Überall lagen noch Berge von Trümmern herum. Den Älteren steckte erkennbar die Schande oder zumindest das Unbehagen in den Knochen, gemeinsam für das gerade Vergangene verantwortlich zu sein, sich nicht gegen die kollektiv begangenen Verbrechen des Nazi-Staates und seiner Kriegsmaschinerie gewehrt zu haben. Aber nun war **Kalter Krieg**, und „der Russe“ konnte kommen, jederzeit. Antikommunismus als Massenideologie hatte die Bevölkerungsmehrheit im Griff. Die mit ehemaligen Nazis noch gut bestückte Republik stellte schon wieder Truppenverbände auf, eine Wehrpflichtarmee, von der die Verfassungsgeber nichts gewusst hatten. Der massenhafte **Widerstand gegen die Remilitarisierung**, und später der **„Kampf gegen den Atomtod“**, gegen Adenauers Bemühung um eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr, das hatte bei uns wenig Resonanz gefunden.

Nach dem Schulabschluss 1961 ließ ich mich als Wehrpflichtiger zur Bundeswehr einziehen, verpflichtete mich sogar länger zu dienen, und ich beschloss meine Bundeswehrkarriere als Oberleutnant der Reserve. Es war, im Nachhinein festgestellt, die dümmst mögliche Verschwendung von Lebenszeit. Schlimmer: Ausbildungsziele zu verinnerlichen im Rahmen einer Strategie, die den Einsatz von A-Waffen auf der Ebene einer Division (Gefechtsiefe: 25 Km) als operativen Normalfall einkalkulierte, das war kollektiv pervers.

Jahre später, 1981, angesichts der bevorstehenden Atomraketenstationierung mit der Erstschlagoption von deutschem Boden aus, gab ich mit 100 anderen ehemaligen Soldaten (alle unterlagen wir der Wehrüberwachung, waren nach wie vor „Reserve“) in einer öffentlichen Aktion auf dem Marktplatz in Marburg den Wehrpass zurück mit der Bemerkung: „Wir stehen der Bundeswehr nicht mehr zur Verfügung“.

Dazu die Zeitungsanzeige, Oberhess. Presse, Marburg, v. 19.12.1981:

OP v. 19.12.81

Wir sind zum Kriegsdienst nicht mehr bereit!

Wir haben der Bundeswehr bisher als ehemalige Wehrpflichtige und Reservisten zur Verfügung gestanden. Dabei sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß

- nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen wird
- die Bundeswehr ausschließlich der Sicherung des Friedens und damit auch den wohlverstandenen nationalen Interessen der Bundesrepublik dient

Durch die neueste rüstungspolitische und militärtechnische Entwicklung sind diese Voraussetzungen nach unserer Auffassung nicht mehr gegeben. Wir sehen vielmehr die Gefahr, daß die Bundesrepublik entgegen dem Auftrag des Grundgesetzes durch eine Strategie des Erstschlages in einen Angriffskrieg hineingezogen wird. Wir wenden uns aus Gewissensgründen gegen eine Politik, die die Zerstörung Mitteleuropas und die Vernichtung der Bevölkerung in einem 3. Weltkrieg einkalkuliert und erklären:

Wir verweigern gemeinsam den Kriegsdienst!

Mit dieser Entscheidung protestieren wir

- gegen den sogenannten **Nachrüstungsbeschuß der NATO und seine taktischen Varianten**: die damit verbundene strategische Konzeption ermöglicht den atomaren Erstschatz in einem „gewinnbaren Atomkrieg“.
- gegen die Entscheidung der US-Regierung für den Bau der Neutronenbombe.

Wie die Theologin Ranke-Heinemann sehen wir darin eine „Politik der Kriegsvorbereitung“, die die Vernichtung allen menschlichen Lebens in Mitteleuropa einkalkuliert.

Wir wenden uns mit Professor Gollwitzer dagegen, daß eine „auswärtige Regierung jeden Tag wählen kann, was sie mit diesen Waffen für eine Politik macht, ob sie entspannen will oder nicht, ob sie damit die Sowjets bedrohen will oder nicht, erpressen oder nicht, vernichten oder nicht. Wir haben nichts dazu zu sagen, haben nur die Folgen zu tragen und die Vernichtungsrisiken.“

Für die Bundesrepublik kann es keine Alternative zur Politik der Entspannung geben.

Wir fordern deshalb: Abrüstung in Ost und West!

Wir werden heute Nachmittag, am 19. 12. um 15.00 Uhr, im Rahmen einer öffentlichen Aktion auf dem Marktplatz gemeinsam unsere Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer bei den Kreiswehrersatzämtern einreichen oder unsere Wehrpässe zurückgeben.

Kontaktadresse: Albin Singel, Liebigstraße 19, 3550 Marburg

B. Albert (BGS), Lehrer; G. Auernheimer, Hochschullehrer; H. Bastian; K. F. Bastian (OGefr. d. R.); J. Bauer (Gefr. d. R.), Lehrer; H. W. Becker (OGefr. d. R.), Politologe; J. Benz, Wiss. Angst.; P. Böcher (Gefr. d. R.), Verw.-Angest.; H. Brauns; M. Breitbach, Rechtsanwalt; M. Brill-Wahlen (OGefr. d. R.), StudRef.; R. Bulnois, Lehrer; K. Bunke, Beamter; R. Dober (Gefr. d. R.), StudRef.; V. Döhner, Lehrer; L. Eckelsbach (Uffz. d. R.), StudRef.; R. Felt (OGefr. d. R.), Student; H. Fiedler, Rechtsanwalt; P. Fischer (BGS), Lehrer; A. Freund, Student; J. Friedmann, Lehrer; G. Fülberth, Hochschullehrer; D. Gabrian (Gefr. d. R.), Lehrer; D. Gast (OGefr. d. R.), Lehrer; R. Gebhardt (OGefr. d. R.), Lehrer; F. Gottschalk (Gefr. d. R.), Student; J. Hahn-Schröder (Gefr. d. R.), Lehrer; W. Hansmann, Lehrer; H. Hareter (StUffz. d. R.), Taxifahrer; K. Hartwig, StudRef.; N. Haupt (OGefr. d. R.), Mechaniker; B. Heime (StUffz. d. R.), Techniker; J. Hoffmann, StudRef.; R. Hünlich, Lehrer; H. Jäckel, Lehrer; Herb. Jäckel (Uffz. d. R.), Lehrer; T. Jäger (OGefr. d. R.) Student; B. Jungmann; M. Jurgelcit (Gefr. d. R.), Student; S. Kanis, Student; D. Kasper, Lehrer; E. Kesting (OGefr. d. R.), Lehrer; K. Koch, Lehrer; J. Konietzke (OGefr. d. R.), StudRef.; E. Kreihe (OGefr. d. R.), StudRef.; K. Kruttschke, Lehrer; U. Kuhn, Mechaniker; J. Kuhnert, Wiss. Angst.; H. Lange (Leutnant d. R.), Lehrer; G. Langrock (Gefr. d. R.), Student; J. Lau, Rechtsanwalt; H. Maier-Metz, Lehrer; S. Meyer, Lehrer; P. Mühlau (OGefr. d. R.), Student; H. Müller-Stärke (Gefr. d. R.), Chemiker; G. Neuhaus (Gefr. d. R.), Krankenpfleger; H. J. Oehler (OGefr. d. R.), StudRef.; G. Piehler (OGefr. d. R.), Doktorand; V. Preisler, Lehrer; H. Probst (Lt. d. R.), Hochschullehrer; E. Rambow (OGefr. d. R.), Lehrer; H. Reinl, Lehrer; N. Remmert; M. Röleke (OGefr. d. R.), StudRef.; C. Rolfs (Lt. d. R.), Chemiker; H. Rüsseler, Lehrer; R. Ruckelshausen, StudRef.; W. Schaub, Lehrer; G. Schoellchen, Schüler; R. Schrader (OLT. d. R.), Lehrer; D. Schümer (OLT. d. R.), Lehrer; U. Schwaderlapp (OGefr. d. R.), Student; W. Schwanz, Lehrer; D. Siegmund (Gefr. d. R.), Straßenbauer; A. Singel (BGS), Lehrer; H. Stang, Wiss. Angst.; D. Stoermer (Lt. d. R.), Angst.; K. Stüber (Uffz. d. R.), Lehrer; R. Stürmer, Dipl.-Psychologe; R. Stumm (Gefr. d. R.), Lehrer; R. Tecklenburg, StudRef.; W. Tralle (Uffz. d. R.), Lehrer; W. Wächter, Päd.Ass.; M. Wagner, Rechtsanwalt; D. Wenz; W. Werner, Lehrer; G. Wirtz, Lehrer; H. Wolf (OGefr. d. R.); Lehrer; J. Wolff (OLT. d. R.), Bankkaufmann; U. Zettler; R. Zühlke (OGefr. d. R.), Student; W. Barth, Lehrer; P. Kramp (OGefr. d. R.), Student; M. Pankstadt (OGefr. d. R.), Student; H. E. Schäfer, Bankkaufmann; D. Boris, Hochschullehrer; W. Kohn (OGefr. d. R.), Student; G. Loimann (Uffz. d. R.), Dipl.-Pädagoge; H. Schmidt (OGefr. d. R.); M. Pflanze (Uffz. d. R.), Arzt.

Einige Jahre später, nach einem Verfahren in einer Kammer, die 4 Stunden lang mein Gewissen „prüfte“, war ich „anerkannter Kriegsdienstverweigerer“.

Ich will nicht weiter über mich sprechen, sondern als Mitstreiter des Marburger Bündnisses ‚Nein zum Krieg‘.

Nach Bedarf nennen wir uns auch ‚Friedenspolitischer Gesprächskreis im DGB Marburg-Biedenkopf‘. Das allerdings erst seit 2014 anlässlich des Tages, an dem sich der 1. Weltkrieg zum einhundertsten Mal jährte. Da wurde in Deutschland immer noch, oder schon wieder, öffentlich als Frage lanciert, ob denn damals nicht doch alle die kriegsführenden Mächte so mir nichts dir nichts,



antikriegsbuendnismarburg.de



aus Versehen, „in den Krieg hineingeschlittert“ seien? Hallo! Als ob nicht bereits 1961 Fritz Fischer in seinem Buch **„Griff nach der Weltmacht: Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18“** mit der Untersuchung der zivilen und militärischen Reichsleitung sowie einflussreicher gesellschaftlicher Gruppen des deutschen Kaiserreichs den aggressiven Charakter der deutschen Politik dokumentiert hätte! Und zufällig wurde jetzt von der Politik in Berlin laut angekündigt, Deutschland müsse wieder eine „größere Rolle in der Welt übernehmen“.

Das rief uns auf den Plan.

„Wir“ sind nicht „die Marburger Frie-

denkbewegung“, solchen Ausschließlichkeitsanspruch möchte ich nicht reklamieren. Aber wir organisieren sie hier, Gewerkschafter*innen, zusammen mit Linken und Christ*innen, Jungen und Alten. Unterstützt von Wissenschaftler*innen, die beruflich Friedens- und Konfliktforschung betreiben, von der Geschichtswerkstatt und im Kontakt mit dem Interkulturellen Begegnungszentrum Kerner. Die Unterstützung durch die ‚Linke‘ und ihre Parlamentsfraktion ist eine wesentliche Hilfe.

1999, also vor 20 Jahren, als es in Marburg viele Wochen lang massive Proteste unter Federführung von DGB und Beteiligung der ev. Kirche gab gegen den Jugoslawienkrieg – völkerrechtswidrig und mit deutscher Beteiligung geführt – Proteste sogar von Schüler*innen, die regelmäßig den Unterrichtsbesuch abbrachen und zur Jägerkaserne in der Frankfurter Straße zum Demonstrieren gingen, am Zaun lebhaften Soldaten gegenüber, die damals noch in der Kaserne stationiert waren, nahe der Stelle, wo heute das Deserteurdenkmal steht... - damals entstand nach intensiven Diskussionen der **„Grundkonsens“**, der den Rahmen für unser Agieren angibt.

Das Bündnis

„ist parteiunabhängig,
wendet sich gegen alle Kriege,
tritt für die vollständige Abrüstung und gegen Rüstungsexporte ein,
lehnt jegliche militärische Intervention ab,
fordert dazu auf, gewaltfrei Konfliktursachen zu beseitigen und bestehende Konflikte zu lösen,
setzt sich mit sicherheitspolitischen Diskussionen auseinander, versucht, Rechtfertigungsargumente für Kriege zu analysieren und macht Propaganda als Propaganda deutlich, sucht den Erfahrungsaustausch und die Kooperation mit antimilitärischen und Friedensbewegungen in anderen Städten, fordert das Asylrecht für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure.“

Wer diesen Konsens akzeptiert, als einzelner, als Gruppe oder Organisation, ist eingeladen mitzuarbeiten. Wir treffen uns einmal im Monat, Wir haben eine Homepage: <https://antikriegsbuendnismarburg.de/>



Veranstaltung zum Antikriegstag 2016 vor dem Deserteurdenkmal in der Frankfurter Straße in Marburg mit „Spanischem Reiter“; rechts: Einladungsflyer

Im Gleichklang mit den Zielen und Aktionen FB in der BRD treten wir für die gemeinsam anerkannten friedenspolitischen Forderungen ein:

- * Nuklearwaffen abschaffen, Stationierung von A-Bomben auf deutschem Boden beenden;
- * Abrüsten statt Aufrüsten, Erhöhung der deutschen Militärhaushalte stoppen;



Deutscher Gewerkschaftsbund
Marburg-Biedenkopf / Bündnis 'Nein zum Krieg!'

Antikriegstag in Marburg - Donnerstag, 1. September 2016
Veranstaltung am Deserteurdenkmal Frankfurter Straße Marburg - Beginn: 18.00 Uhr

Militärische Logik führt in den Krieg.
Den Tätern kein ehrendes Gedenken!
Weder in Bortshausen, noch anderswo.



Nein zum Krieg!

Rezitationen: Erich Schaffner
Lieder: Dunja und Tom
Ansprache: Pit Metz, DGB-Vorsitzender

v.i.S.d.P. - uff. Internet@dgk.de

- * Auslandseinsätze der BW beenden;
- * Alle Waffenexporte beenden;
- * Militarisierung der Gesellschaft stoppen, Beendigung der Werbung für die BW;
- * Sicherheitspolitische Wende: weg von der Politik, die Sicherheit nur in militärischen Kategorien denkt, hin zu Konzepten, in denen Partnerschaft, Fairness und gegenseitiger Respekt den Umgang zwischen den Ländern prägen.

Wir können uns in Marburg immer noch auf eine Friedenskultur stützen, die in der **Ostermarschbewegung** der 60er Jahre entstanden war und sich seit Ende der 70er Jahre massiv am Kampf gegen die **Stationierung von Erstschlagwaffen** in der BRD beteiligte - in einem Umfang, der heute erstaunlich wirkt. Das **„Marburger Forum – Fördergemeinschaft Friedensarbeit e.V.“** organisierte hier zusammen mit zahllosen einzelnen Friedensinitiativen von Berufsgruppen und Betrieben eine breite politische Kulturbewegung mit Veranstaltungen, Kongressen,





Hearings, Konzerten, Straßentheater, Unterschriftensammlungen für den ‚Krefelder Appell‘, Demonstrationen und weiteren Aktionsformen. Bei den Veranstaltungen waren die Bürgerhäuser, war das Audimax brechend voll. Man war vernetzt mit anderen Kommunen und beteiligte sich auch an überregionalen Veranstaltungen.

Die Raketenstationierung konnten wir nicht verhindern. Die Atommächte beendeten den Kalten Krieg ohne uns, immerhin schlossen sie Abkommen zur Verhinderung eines Atom-Krieges. Der War-

schauper Pakt brach mit der Sowjetunion zusammen. Die Nato überlebte gestärkt und entdeckte neue Aktionsfelder, und Strategen im Westen stellten sich ein auf eine **unipolare Welt unter amerikanischer Hegemonie**. Sogar vom „Ende der Geschichte“ wurde geredet. In Deutschland hieß es: Wir sind wieder wer. Inzwischen wissen wir auch, was das heißt: Wir sind beteiligt am globalen Kampf um Ressourcen, und von uns wird verlangt, dass wir bereit sind, „unser“ Militär auch für die Sicherung des ungehinderten Zugangs zu den Ressourcen und ihrer Verwertung einzusetzen. Da sind wir nicht mehr so weit entfernt von dem Befund, den Fritz Fischer 1961 mit Blick auf das Jahr 1914 feststellte: Deutschland sprungbereit.

Zurück zum Bündnis ‚Nein zum Krieg‘:

Friedensarbeit hält fit

Antwort auf die Klage des Generalinspektors Zorn:

Sehr geehrter Herr Generalinspekteur Zorn,

Sie beklagen in der OP vom 20. April das Übergewicht und die Unbeweglichkeit Ihrer jungen Soldaten.

Schauen Sie uns an, Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, die in unvergleichlicher Frische am Ostersamstag

von Marburg nach Stadtallendorf zur Herrenwaldkaserne geradelt sind: schlank und rank, beweglich, fit.

Wissen Sie was: Kommen Sie doch einfach zu uns. Wir arbeiten für Frieden und Abrüstung, und es scheint uns wohl zu bekommen.

Karin Schwalm
für das Bündnis
„Nein zum Krieg“ –
DGB Marburg-Biedenkopf



Mitglieder des Bündnisses „Nein zum Krieg“ des DGB Marburg-Biedenkopf bei einer Radtour.

Leserfoto: Ralf Schrader

Leserbrief-Reaktion auf die Sorge um die Fitness der jungen Soldaten, die der Generalinspekteur der Bundeswehr im Interview mit der Oberhess. Presse am Ostersamstag zum Ausdruck gebracht hatte.

Wir organisieren Veranstaltungen, Demos und Fahrradrallies im Rahmen der bundesweiten Ostermarschbewegung und zum 1. September, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und Beginn des 2. Weltkrieges. Wir halten Mahnwachen ab und sammeln Unterschriften für die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“. Wir organisieren Tagungen, Informations- und Kulturveranstaltungen zu verschiedenen aktuellen Themen, und wir nehmen Einfluss auf die Friedenskultur dieser Stadt oder des jährlichen Hessentages. Dabei sind bei uns so verschiedene Organisationen „mit im Boot“ wie christliche Friedensinitiativen, die Naturfreunde

freunde oder ICAN. Wir agitieren gegen

Militarisierung und unterstützen die Bündnisarbeit mit bedrängten Gruppen. Und wir rufen auf zur Unterstützung des Klimabündnisses. Wir sind Viele. Aber natürlich viel zu Wenige.

Beitrag zum Hessentag 2018



**Interventionsarmee
Bundeswehr
auf dem Hessentag?***
Rote Karte!

**Stop!
Hier nicht
erwünscht!**

* Am Hessentag 2018 wird sich das Land den Besuchern mit Schwerpunkt auf Kultur-, Kunst-, Sport- und Ausstellungen (Haupttag). Sagen Sie Ihrer/In Abgeordneten, dass das gut auch ohne Bundeswehr geht!



„Give Peace A Chance“. Angesichts allgegenwärtiger Kriegsgefahr und einer gleichzeitig in der Gesellschaft weitverbreiteten Apathie führt die Frage, wie die Friedenskräfte gestärkt werden können, ganz logisch zu der **Einsicht, dass die Friedensbewegung nur eine Chance hat, wenn sie sich mit anderen, machtvollen sozialen Bewegungen verbunden weiß; das heißt mit der Klimabewegung und der (momentan noch nicht so machtvollen) Bewegung für eine soziale Politikwende.**

Soweit zur Vorgeschichte des Marburger Bündnisses Nein zum Krieg.

Nun zu

B Klimabewegung und Friedensbewegung

Im Folgenden möchte ich in vier Schritten aufzeigen:

1. Die Ökologiebewegung, die insbesondere durch die FfF-Aktionen als Rolling Stone eine unerwartete Dynamik in den politischen Betrieb gebracht hat, besitzt ein noch nicht abschätzbares politisches Potential.
2. Kriege und Kriegsvorbereitungen bringen nicht nur entsetzliches Leid über unschuldige Menschen, sie sind auch Umweltverbrechen. Krieg und Naturzerstörung zuzulassen oder gar zum Geschäftsmodell zu erheben, ist selbstmörderisch.
3. Aufrüstung und hegemoniale Politik stehen einer zukunftsichernden nachhaltigen Politik im Wege. Die Alternative heißt Abrüstung und sozial-ökonomische Wende.
4. Kapitalismus und Verteilungsgerechtigkeit passen nicht zusammen. Welche Bedeutung das für die anstehenden Auseinandersetzungen hat, ist nicht entschieden.

Zum Schluss möchte ich einen Vorschlag für die Entwicklung einer Zusammenarbeit machen.

These 1: Wer das Klima retten will, muss die Umweltzerstörung stoppen. Dazu ist ein tiefgreifender Politikwechsel notwendig.

Der Klimawandel ist die Folge des rücksichtslosen Verbrauchs natürlicher Ressourcen.

Das aktuelle Produktions- und Wirtschaftssystem unter Dominanz profit-orientierter transnationaler Konzerne wird nicht den Bedürfnissen der Mehrzahl der Menschen gerecht, es kann nicht einmal die Grundlagen seines eigenen Agierens sichern.

Angesichts der drohenden irreversiblen Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wird offenbar: Der Verbrauch der natürlichen Ressourcen des Planeten muss auf Dauer grundlegend eingeschränkt werden. Produktionsverfahren, Wirtschaftsprozesse und Formen der Mobilität, des Konsum- und Kommunikationsverhaltens - praktisch alle Lebensbereiche - müssen so umgebaut werden, dass sie zugleich dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen dienen. **Unverzügliche Maßnahmen zum Stopp der Erwärmung der Erdatmosphäre haben Vorrang.**

Dabei geht es um die Durchsetzung sozialer Vernunft: für nachhaltige Zukunftsgestaltung, gegen das Beharren auf Besitz-Privilegien und hegemonialen Politikkonzepten. Dabei wird es nicht ausreichen, individuell Konsum- und Lebensgewohnheiten zu ändern. Die Klimawende, Energiewende, Mobilitätswende usw. können nur gelingen, wenn sie durch koordiniertes Handeln organisiert werden. Dazu wird es unumgänglich sein, auch das kapitalistische Wirtschaftssystem und die in ihm garantierten Besitz- und Verhältnisse grundlegend anzutasten.

Derzeit ist die herrschende Politik weltweit nicht imstande oder auch nur willens, die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu ergreifen.

Diese offenkundige Unfähigkeit der Regierungen und der sie kontrollierenden Parlamente verweist auf den Widerspruch zwischen Prozessen demokratischer Willensbildung (wie sie sich, gestützt auf wissenschaftliche Expertise, manifestieren in Protesten großer Bevölkerungsgruppen)

und der Rücksichtnahme der herrschenden Politik auf die Interessen global agierender Konzerne auf der anderen Seite.

Jede Maßnahme, die die fortgesetzte Anwendung einer profitablen Technologie oder Wirtschaftsweise, so umweltschädlich sie sein mag, gefährden würde, wird erbittert bekämpft. Umweltfreundliche Alternativen werden nur unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung angenommen. Der Staat erscheint als überforderter Reparaturbetrieb, der einerseits die Schäden umweltvernichtender Technologien vergesellschaften, andererseits die Investitionen organisieren soll, um neue profitable Geschäftsfelder im Bereich ökologisch unbedenklichen Wirtschaftens zu erschließen - jeglicher Eingriff auf die verbrieften Garantien der wirtschaftlichen und finanziellen Machtverhältnisse ist tabu.

Gegenwärtig sind allerdings – weltweit – die Kräfte, die zur Verteidigung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Transformation des Wirtschaftens aufrufen, im Begriff sich zu formieren, zu vernetzen und wirkmächtig zu werden. Ihre Stärke besteht nicht nur in der übergreifenden Beteiligung der Generationen, sondern vor allem auch in der Vielfältigkeit der sie tragenden Initiativen, Organisationen und ihrer genuinen Anliegen. Zahllose von lokalen / regionalen Projekten ausgehende Initiativen lernen gerade die Zusammenarbeit für eine globale Zielstellung, und sie überwinden dabei nationale Grenzen. **Gelingt diesem Kampf, in gleicher Weise Forderungen zur Verteidigung der sozialen Lebensinteressen aufzunehmen und diese deutlich zu formulieren, wird seine Dynamik unwiderstehlich werden.**

Die politischen Parteien und die Gewerkschaften als traditionelle Akteure können sich dieser lernenden Bewegung, die von ihrer Zielsetzung her internationalistisch und in Gegnerschaft zu rechtspopulistischen Ideologien aufgestellt ist, nicht entziehen. Sie werden sich dabei transformieren müssen. Die Parlamente und die neuen Akteure werden herausfinden müssen, welcher Art die Beziehungen sind, die sie miteinander eingehen. Die durch Wahlen mandatierten Abgeordneten aller Parlamente und die im Voranschreiten der Bündnisbewegungen sich mandatierenden Kräfte werden ihre Ziele und deren Durchsetzung politisch aushandeln müssen.

Das wird die Demokratiefähigkeit bestehender Institutionen und insbesondere die Substanz der „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung(en)“ erheblich auf die Probe stellen.

Man kann skeptisch sein, ob die Kraft der überzeugenden Argumente durchschlagend genug sein wird, oder ob es nicht der Lektion durch massivere Regelverletzungen bedarf. Einen interessanten Wortbeitrag hierzu hat gerade der ehemalige Bundespräsident Köhler gemacht, der seinerzeit den Hut nehmen musste, als er es gewagt hatte, den möglichen Einsatz militärischer Mittel bei der Realisierung ökonomischer Interessen aufzuzeigen; er sagte jetzt: „Mit dem Klima kann man keinen Aufschub verhandeln.“ (*Frankfurter Rundschau*, 20.11.2019) Das sieht nach Zugzwang aus. Wer sorgt für Tempo?

Solange die Staaten nicht in der Lage sind, den notwendigen Rechtsrahmen zu schaffen (und seine Einhaltung durchzusetzen), um die Umweltzerstörung zu stoppen, kann die „Klimakatastrophe“ nicht aufgehalten werden. Dabei ist offenkundig, dass der notwendige *Political Change* nicht allein für den zivilen Bereich organisiert werden muss. **Der gesellschaftliche Umbau muss umfassend mit der Entwicklung und Sicherung friedlicher internationaler Beziehungen und mit der Herstellung fairer Wirtschaftsbeziehungen verbunden werden. Der Markt wird es nicht richten, im Gegenteil!**

These 2: Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen will, darf nicht schweigen über die Ressourcenvernichtung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten.

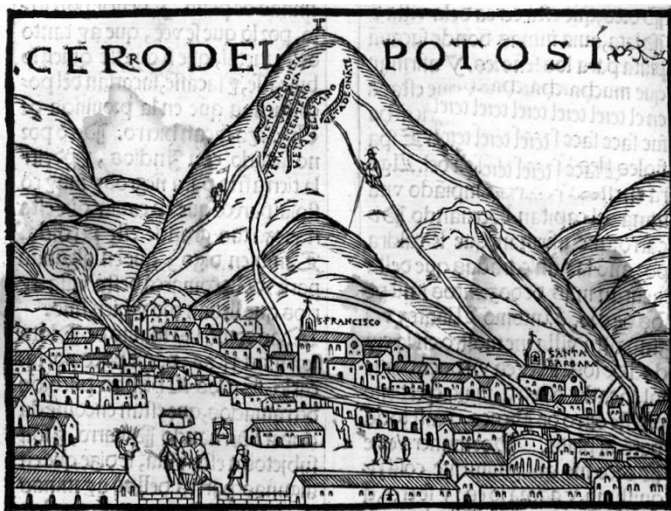
Die größten zeitlich und räumlich begrenzten Umweltkatastrophen in neuerer Zeit fanden im Gefolge von Kriegen statt (waren also, wie der akute Zustand des Klimas, keine Katastrophen, sondern menschengemachte gigantische Fehlleistungen).

Im Folgenden 4 kriegerische Beispiele, auf die ich näher eingehen möchte. Danach einige Details zu Rüstungsexporten und den Kosten der Aufrüstung.

Beispiel 1

Die mit der „Entdeckung der Neuen Welt“ (1492) begonnene koloniale Herrschaftsperiode war auch eine Geschichte der Gewalt und der ökologischen Verwüstungen. Angefeuert noch von dem Wahn, dazu berufen zu sein, sich die Erde untertan zu machen, überzogen hoch gerüstete Truppen europäischer Herrenmenschen verschiedener Nationen die ganze neue bis dahin nicht gekannte Welt mit Krieg, Plünderung, Ausbeutung, Raub und Versklavung großer Menschenmengen, wobei die Lebensgrundlagen indigener Völker, ihre Kultur und schließlich sogar diese selbst vernichtet wurden.

Von 1492 ist es nicht so weit zum 30-jährigen Krieg (1618-48), der zu einem erheblichen Teil durch in Lateinamerika erbeutetes Edelmetall ständig neu befeuert wurde. Das katholische **Spanien**, Habsburger Herrschermacht neben Österreich, zeigte dabei bereits in globaler Dimension, wie Ausbeutung, Umweltzerstörung und Kriegführung zusammengehören, indem es sich zur Finanzierung seiner Kriegshandlungen auf die vieltausendfache Sklavenarbeit bei der Goldgewinnung und in den Silberminen Lateinamerikas stützte.



Potosí. La primera imagen del Cerro Rico. Pedro Cieza de León, 1553
(<https://de.wikipedia.org/wiki/Potos%C3%AD>):

Dies unter haarsträubenden Bedingungen. Dazu beispielhaft ein Detail aus Potosí, im heutigen Bolivien:

„Am 3. März 1626 brach der San-Ildefonso-Damm eines Absetzbeckens der Silberminen. Die schlammige Flutwelle überflutete große Teile der drei Kilometer unterhalb gelegenen Stadt. Es gab dabei nach verschiedenen Angaben 2000 bis 4000 Tote. Damit verbunden war eine Umweltkatastrophe durch Quecksilber, das bei der Silbergewinnung unverzichtbar war. Die Flutwelle ergoss sich in den Río Pilcomayo im Einzugsgebiet des Río de la Plata.“ (Zur Ergänzung: Potosí war damals eine der größten und reichsten Städte weltweit. Wer mehr darüber erfahren will, kann dies in dem immer noch beeindruckenden Buch von Eduardo Galeano nachlesen (*Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents*, span. Erstauflage 1970. Dt. zahlreiche Aufl. Neuaufl. 2009, Hammer, Wuppertal) „Die Gründe für (den anschließenden Niedergang der Bedeutung Spaniens im Weltgeschehen) muss man wohl in einer enormen Überdehnung der materiellen und menschlichen Ressourcen sehen. Bedingt durch seine Bindungen ans Heilige Römische Reich durch die Habsburger-Dynastie war Spanien in alle Kriege und Konfrontationen in Mittel- und Südeuropa verstrickt. So flossen aus Spanien bedeutende finanzielle und militärische Mittel in die Kämpfe gegen Frankreich und die deutschen Protestanten, gegen die Türken, in die aufständischen protestantischen Niederlande und den verheerenden 30-jährigen Krieg. Was aus den südamerikanischen Kolonien herausgepresst wurde, floss sofort weiter in die unablässigen europäischen (Kriege), in die die Habsburger verstrickt waren.“ (<https://www.geschichtsforum.de/thema/gruende-fuer-spaniens-untergang-als-weltmacht.13438/>)

In Mitteleuropa verschlang der 30jährige Krieg Millionen von Menschenleben, nach unterschiedlichen Schätzungen bis über 40% der Bevölkerung, und auch große Mengen von Rohstoffen, die für Kriegshandlungen verschwendet wurden. Er verschlang auch ganze Städte, wie Magdeburg: Am 20. Mai 1631 starben bei der völligen Zerstörung der Stadt durch Beschuss und Feuersturm 20.000 von ihren 35.000 Einwohnern.

Hier ein zeitnah entstandenes Bild

(https://de.m.wikipedia.org/wiki/Magdeburger_Hochzeit):

1. Imperialismus als Zeitalter großer wirtschaftlicher Expansion, zügellosen Rohstoffverbrauchs und der Bereitschaft der rivalisierenden Großmächte zum militärischen Abenteuer.

In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts dynamisierte sich die Entwicklung der Produktivkräfte weltweit enorm. Angeheizt von den Hegemonialinteressen der führenden europäischen Mächte verschärfte sich der Konkurrenzkampf um Rohstoffe, Absatzmärkte und die Akkumulation von Kapital. Mit militärischer Gewalt eroberten die imperialistischen Akteure riesige Kolonialgebiete in Afrika und Asien und begannen in kürzester Zeit, sie wirtschaftlich verfügbar zu machen. Chauvinismus und Nationalismus bereiteten der Entwicklung ideologisch den Weg. Das Deutsche Kaiserreich teilte mit, „am deutschen Wesen solle die Welt genesen“. Wie das zu verstehen war, zeigt sich u.a. am Vorgehen gegen die aufständischen Völker der Herero und Nama in der Kolonie Deutsch Südwest, dem heutigen Namibia, während der Jahre 1904 bis 1908. Am Ende stand nicht nur die Niederschlagung des Aufstands unter Anwendung der **Kriegsstrategie der „verbrannten Erde“**, sondern der bis heute nicht von der Bundesregierung anerkannte Tatbestand des Genozids.

(<https://www.linksnet.de/artikel/19751>)

(Damit, das kann ich hier nicht ausführen, müssen wir uns leider noch heute herumschlagen, denn der alte Militarismus und der neue in Gestalt der Umtriebe der Reservistenkameradschaft Marburger Jäger/2. Panzergrenadier-division im Marburger Ortsteil Bortshausen sind noch lebendig wie der tote Soldat in Brechts gleichnamiger „Legende“.)

Das Deutsche Reich sah sich um die Jahrhundertwende im Begriff, führende Weltmacht zu werden und rüstete rasant auf. Binnen Kurzem stiegen die Ausgabe für das Heer auf das mehr als das Doppelte, die Ausgaben für die Marine explodierten auf das sechsfache. Am Beginn des Ersten Weltkriegs konnte sich das Reich auf eine gigantische Industrieproduktion stützen mit einer mächtigen Schwerindustrie, einer schnell gewachsenen Elektro- und einer stürmisch sich entwickelnden, weltweit führenden chemischen Industrie. Es war eine historische Tragödie, dass die proletarischen Massenorganisationen aller beteiligten Länder dabei versagten, den kriegslüsternen „Herren der Banken und Industrie“ (wie es

Erich Kästner in der „Fantasie von übermorgen“ verkürzt genannt hat,) im August 1914 in den Arm zu fallen. Einen interessanten Diskussionsbeitrag zu dieser Frage leistet das im Jahre 1900 entstandene Bild von Adolf Menzel mit dem Titel „Besuch (des Aufsichtsrats) im Walzwerk“. (https://www.europeana.eu/portal/de/record/2064108/Museu_ProvidedCH_O_Kupferstichkabinett__Staatliche_Museen_zu_Berlin_610602.html)



(Kommentar, R. S.: Das Innere einer Fabrikhalle. Rauchschwaden, Hitze, Lärm. Der Arbeiter, obwohl nicht in der räumlichen Mitte, dominiert die Szene. In dieser ist vielmehr der Hut des Fabrikdirektors, den er zum Empfang des Aufsichtsrats devot abgenommen hat und in der linken Hand hält. Der Aufsichtsrat, in wallendem Mantel und mit Entourage, zwei feine Damen am Rande bzw. verdeckt, sowie, befremdlich zunächst, in Begleitung des übermütigen Hundes, lüftet schwungvoll den Zylinder und reicht dem Direktor jovial die Hand. Der Direktor, standsicher zwar, wie die Fußstellung zeigt, steht mit leicht nach vorn gesunkener Haltung. An Gestalt ist er dem Aufsichtsrat unterlegen. Er wird dem Aufsichtsrat, der die Interessen der Kapitaleigner vertritt, die ihre Rendite sehen wollen, erklären müssen, wie es läuft in der Fabrik. Für diese wichtige Frage ist der Arbeiter unbedeutend, kein Ansprechpartner. Gewaltig und von beherrschender Körperlichkeit aber ist seine Gestalt, von der, mit wildem Gesicht, muskulösen, angespannten Armen, die ein Werkzeug zum Aufnehmen schwerer Materialstücke führen, heftige Bewegung ausgeht. Ins Auge springt dieses ungebändigte Gesicht, offener Mund mit sichtbaren Zahnreihen, das Pfeifenmundstück fest eingeklemmt, ein heftiger, entschlossener Ausdruck, der alles Mögliche meinen kann: Wut auf die Situation, Stolz auf die eigene Kraft und die Fähigkeit, mit dem schweren Material umzugehen, die Entschlossenheit aufzubegehren gegen die fremdbestimmte Tätigkeit. Von dieser Arbeit ist kein sinnvoller Zusammenhang erkennbar, Werkzeuge ja, aber keinerlei Anordnung im Sinne eines Fertigungsprozesses. Das Bild ist kein realer Ausschnitt aus dem Arbeitsalltag, der Maler arrangiert die Angelegenheit so, dass das Grundverhältnis der kapitalistischen Herrschaft erkennbar ist ebenso wie das Bewusstsein des Arbeiters von seiner (potenziellen) Macht. Die SPD als politischer Arm der organisierten Arbeiterklasse war in den Wahlen 1898 wiederum nach Stimmen die stärkste Partei geworden. Im Bildhintergrund sind schemenhaft Schlote und Hochofen zu erahnen, aber der drohende, den Hintergrund dominierende dunkle Schatten in der Mitte ist eine Entsprechung, wenn nicht Doppelung des Arbeiters und verweist damit auf eine revolutionäre Dimension.)

Die kriegsrelevante Industrieproduktion der imperialistischen Länder, die nun alle am Krieg beteiligt waren, wuchs sprunghaft weiter, und ebenso der Verbrauch an Rohstoffen jeder Art. Was das mit der Umwelt und dem Klima anrichtete, ist nie ermittelt worden. Bald fehlte es an Arbeitskräften, und überall holte man die Frauen in die Fabriken, was nach Kriegsende immerhin dazu führte, dass man ihnen nicht länger fundamentale soziale und politische Rechte verweigern konnte. Aber wofür hatten die Menschen gelitten, die nun für die Zustimmung zum Imperialismus die Zeche zu bezahlen hatten?

Wer sich einen Begriff machen will von dieser Verirrung der Menschheit, kann sich die Bilder anschauen von den Schlachtfeldern in Flandern oder den Hinterlassenschaften der Materialschlachten, z.B. um Verdun. Oder kann Tucholsky lesen. Oder Karl Kraus' „Die letzten Tage der Menschheit“. Oder den Film „Im Westen nichts Neues“ nach dem Roman von Erich Maria Remarque ansehen.

2. Zweiter Weltkrieg. Neue Dimension. Neue Vernichtungspotenziale

In den frühen 70er Jahren haben wir Reisen unternommen bis ins nördlichste Skandinavien und ins südwestlichste Frankreich. Überall stießen wir noch auf kriegsbedingte Vorbehalte uns Deutschen gegenüber, vor allem aber auf gewaltige Befestigungsanlagen aus Stahlbeton, die als Küstenbatterien der schweren Artillerie gedient hatten. Wir erfuhren, dass von der 5.000 Km langen gesamten Küstenlinie Nordwesteuropas fast 3.000 Kilometer mit Bunkern, 8119 an der Zahl, bestückt gewesen waren, bzw. immer noch verunstaltet, denn viele der Objekte widerstanden der Sprengung. Ähnliches hörten wir über andere militärtechnische Bauten, die der Unterhaltung der Kriegsflotte und der militärischen Bevorratung gedient hatten. Viele hunderttausende von Zwangsarbeitern waren für die Fertigstellung missbraucht worden. Auf die Frage, wie viele Millionen Tonnen Baustoffe dazu benötigt wurden und welche „CO2-Bilanz“ diese völlig wahnhaften Maßnahmen hinterlassen hatte – die Landung der Alliierten 1944 wurde durch den „Atlantikwall“ nicht aufgehalten – kamen wir damals nicht.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Atlantikwall>

Bei den Gesamtzahlen der menschlichen Opfer des Zweiten Weltkrieges geht die Forschung inzwischen von über 65 Mio. Toten aus. Die Unmengen an Rohstoffen (Kohle, Eisen, Stahl, Chemische Stoffe) und der produzierten Energiemengen, die die am Krieg beteiligten Länder verbrauchten bzw. vernichteten, erscheinen nicht quantifizierbar, die Schädigungen / Zerstörungen der betroffenen Flächen ebenso wenig.

Als die faschistischen deutschen Truppen über Europa und die Welt herfielen, abermals im Wahn, die Welt beherrschen zu müssen, hatten sich die Produktivkräfte weiter entwickelt, der Vorrat an Rüstungsgütern und Vernichtungskapazität war erheblich angewachsen. Ebenso die technischen Möglichkeiten industrieller Produktion auf der Grundlage vorhandener oder erbeuteter fossiler Rohstoffe, um sie im Krieg wieder zu vernichten. Auch die gezielte Zerstörung, das Unbrauchbarmachen der Umgebung, in der die Menschen lebten, die den Truppen im Weg waren, gehörte zum Alltag.

Ein Detail:

Anfang September 1943 befahl der „Wirtschaftsführer der Heeresgruppe Süd“, Generalmajor Hans Nagel: „Bei allen nachstehend befohlenen Maßnahmen ist davon auszugehen, dass das gesamte Donez-Gebiet (...) wirtschaftlich geräumt und restlos zerstört werden soll. Wirtschaftliche Aufgaben in diesem Gebiet scheiden für alle Zukunft aus. (...) Alles, was nicht geräumt werden kann, ist zu zerstören, insbesondere Wasser- und Elektrizitätswerke, überhaupt sämtliche Kraft- und Umformerstationen, Bergwerke, Fabrikanlagen, Produktionsmittel aller Art, Ernte, die nicht abtransportiert werden kann, Dörfer und Häuser.“ Im Klartext: Die südliche Ostukraine sollte zur unbewohnbaren Ruinensteppe gemacht werden, nachdem die Deutschen von der Sowjetarmee zum Rückzug gezwungen worden waren. (<https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article182082810/Ostfront-1943-44-Warum-die-Wehrmacht-verbrannte-Erde-hinterliess.html>)

Ähnliche Befehle existierten für andere Frontabschnitte, vom Schwarzen Meer im Süden bis zum Eismeer in Nordnorwegen, und sie wurden be-

folgt. Die Kriegshandlungen hinterließen nicht nur Schlachtfelder, Friedhöfe und Trümmerwüsten, sondern eben auch große Areale unbewohnbarer Landschaften, „**verbrannter Erde**“, sowie vergifteter und mit Kampfmitteln verseuchter Böden und Wasserressourcen.

Heute noch, fast 75 Jahre nach Beendigung des Krieges, nehmen wir wie selbstverständlich Nachrichten hin, dass irgendwo plötzlich größere Wohnquartiere in unseren Städten geräumt werden müssen, weil Fliegerbomben, die nicht detonierten, gefunden werden. Den Marburgern ist bekannt, dass in Stadthallendorf, keine 30 Km von hier, die hochgiftige Hinterlassenschaft der (auch hier wieder von Zwangsarbeiterinnen geleisteten) Sprengstoffproduktion in Form kontaminierter Flächen immer noch ein ungelöstes Problem ist. Aktuell berichtet die *Frankfurter Rundschau*, Hessen müsse jährlich 2,6 Mio. € pro Jahr aufwenden, um Blindgänger, Kriegslasten des Nazi-Reiches, zu entsorgen. (*FR v. 30.11.2019 Hessenseite 8*)

Am Ende des Zweiten Weltkrieges stand das Fanal der **Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August und 9. August 1945** mit ihren bis heute anhaltenden, grauenhaften Folgewirkungen für die Menschen und die Natur. In Hiroshima starben bis zu 180.000 Menschen, in Nagasaki 100.000.

In das Project Manhattan, so die Codebezeichnung für das in der Weltgeschichte bis dahin gewaltigste zivil-militärische Rüstungsprojekt, war nicht nur viel Geld investiert worden (nämlich die Summe von 30 Milliarden Dollar nach Wert von 2018), sondern über den Zeitraum von mehr als 3 Jahren auch die Arbeitskraft und technische Intelligenz von über 135.000 Wissenschaftlern, Technikern, Informatikern und Ingenieuren. Bereits 1940 waren über 1.000 t hochprozentiges Uranerz aus den weltweit ergiebigsten Bergwerken von Shinkolobwe (seinerzeit belgische Kolonie Kongo) in die USA verschifft worden. Die im Laufe des Projekts verbrauchten Material- und aufgewendeten Energiemengen sind nicht bekannt geworden, aber es bestand keinerlei Mangel, der das Ziel, die USA mit dem Besitz der ultimativen Waffe zur konkurrenzlosen Supermacht zu machen, behindert hätte.

(Wichtige Aspekte der Atomtechnologie sind in diesem Zusammenhang bereits zu erkennen: Der Abbau des Rohstoffs richtet enorme Umweltschäden an, der Kampf um Lagerstätten führt zu zahlreichen bewaffneten Konflikten. Der Aufbau von Urananreicherungsanlagen, Kernreaktoren und Wiederaufbereitungsanlagen, in der Folge der weltweite Ausbau von Kernkraftwerken zur Energieerzeugung, belastet - auch ohne größere Havarien - nicht nur die Umwelt durch das Entweichen von radioaktiver Strahlung, sondern auch das Klima durch die Aufheizung der Umgebung. Auf die Entwicklung der sog. friedlichen Atomtechnologie, die in Wirklichkeit ein Spin-Off der militärischen Nuklearwirtschaft war und ist, kann ich hier nicht eingehen, außer mit dem Hinweis auf das Entstehen der Anti-AKW-Bewegung, die als militante Umweltbewegung mit der Herausbildung einer Grünen Partei eine erste massenhafte politische Resonanz erlangte.)

Ich möchte wenigstens kurz auf die zahllosen Atom- und Wasserstoffbomben-Testversuche in Zeiten des Kalten Krieges, mit ihren Folgen ohne Rücksicht auf die Verstrahlung von Mensch und Umwelt, hinweisen. Am 17.5.1954 registrierten in Japan Wissenschaftler der Universitäten Osaka und Niigaka starke radioaktive Verseuchung des Regenwassers. Aktueller Grund dafür war die H-Bombenexplosion der USA auf dem Bikini-Atoll im Pazifischen Ozean, zu der die „Zeit“ am 1. April 1954 berichtete: „Neun japanische Fischkutter, die in dem in Frage kommenden Seegebiet außerhalb der festgelegten Gefahrenzone fischten, wurden von radioaktiven Staub- und Wasserteilchen getroffen, wobei die 23 Mann starke Besatzung des Fischkutters *Fukuryu Maru* durch niederfallenden Aschenregen Verbrennungen erlitt. Auch auf dem 4000 Tonnen großen USA-Tanker "Patapsco" fielen radioaktive Partikel. Nach den bisher vorliegenden Berichten erlitten außer den 23 japanischen Fischern 264 Eingeborene und 28 Amerikaner, die sich auf Inseln außerhalb der Gefahrenzone befanden, Verbrennungen. Die Kongreßmitglieder van Zandt und Carl T. Durham berichten, die Superbombe sei zu groß und zu schwer gewesen, als daß man sie von einem Flugzeug hätte abwerfen können. Die Bombe war daher auf einem fünfzig Meter hohen Stahlgerüst montiert und dort zur Explosion

gebracht worden. Der Abgeordnete van Zandt führte aus, daß die Bombe ein Gebiet von zwanzig Kilometer im Durchmesser total zerstört habe. Erst elf Tage nach der Explosion, als bereits die ersten inoffiziellen Nachrichten über ihre Wirkungen in die Öffentlichkeit gedrungen waren, veröffentlichte die AEC einen Teilbericht, in dem sie zugab, daß "unerwarteter Weise" 264 Eingeborene und 28 Amerikaner "einer gewissen Strahlung" ausgesetzt gewesen seien. Am 16. März lief der in einen Aschenregen der Explosionswolke geratene Fischkutter *Fukuryu Maru* mit einer Ladung von 12 000 Pfund Thunfischen in den japanischen Hafen Yaezu ein. Als die Behörden Kenntnis von den Erlebnissen der Besatzung erhielten, war die Ladung bereits gelöscht und ein Teil an die Fischmärkte in Osaka und Nagoya gesandt worden.“

(<https://www.zeit.de/1954/13/das-menetekel-der-atombombe>)

Bertolt Brecht notierte dazu in einem Gedicht:

*Was für ein Geschlecht sind wir
Das Meer fanden wir vor unberührt.
Erst in unserer Zeit
Mussten wir fürchten, Fische zu essen.*

(*Gesammelte Werke IV. Gedichte aus dem Nachlass, Ffm. 1982, p. 433*)

Neben Bikini wurden auch die bewohnten Atolle Rongelap und Rongerik durch radioaktiven Niederschlag kontaminiert. Auf hoher See war ein japanisches Fischerboot betroffen, dessen Besatzung verstrahlt wurde. Ein Matrose starb gleich. Die Zahl der durch Schäden und Langzeitfolgen Betroffenen ist unbekannt. Das Ausmaß der regionalen und später weltweiten atomaren Verstrahlung durch den Fallout dieser und weiterer über 40 US-amerikanischen H-Bombentests wurde geheim gehalten, die gesammelten Daten erst 2013 unvollständig publiziert. Jedenfalls betrug die Sprengkraft dieser Explosionen das 3.200fache der Hiroshima-Bombe. <https://www.karfreitagsg Grill.at/2013/08/15/das-ganze-ausmas-des-bei-us-atomwaffenversuchen-im-pazifik-freigesetzten-radioaktiven-fallouts/>

Zur Situation später ist, fast skurril, auf Wikipedia zu lesen:

„Wann das Bikini-Atoll wieder besiedelt werden kann, ist noch unklar. Allerdings sind die Inseln nicht mehr Sperrgebiet. In der Lagune liegen die bei den Atomtests gesunkenen Schiffe; sie sind als Ziele für Wracktaucher sehr beliebt. Nach Angaben der Internationalen Atomenergieorganisation ist nach Untersuchungen von 1997 der Aufenthalt dort unbedenklich; nur vor regelmäßigem Verzehr von lokal erzeugten Nahrungsmitteln wird gewarnt, da dies zu einer Strahlenbelastung von 15 mSv/Jahr führen würde. Die USA sahen 2009 keine Gefahr mehr für menschliches Leben auf den Inseln und stellten den (evakuierten) Rongelapesen ein Ultimatum: „Entweder Sie kehren bis Oktober 2011 zu Ihrem Atoll zurück oder Ihnen wird die Unterstützung für Ihre Gemeinschaft gestrichen.“

<https://de.wikipedia.org/wiki/Bikini-Atoll>

Mein Fazit: Wenn uns schon die Anwendung der Atomtechnologie im zivilen Bereich gelehrt hat, dass sie nicht beherrschbar ist und die Welt darüber hinaus von ihren Folgen zigtausende Jahre belastet sein wird, sollte uns zumindest besorgt machen, was geschehen würde, wenn das Arsenal der vieltausendfach vorhandenen Nuklearwaffen, ja wenn nur ein winziger Teil davon versehentlich oder absichtlich zum Einsatz gebracht würde.

Beispiel 3

Im Vietnamkrieg, 1964 mit einer selbstinszenierten Provokation und Täuschung der Weltöffentlichkeit begonnen und mit der Niederlage 1975 beendet, versuchten die USA mit einer überlegenen Militärmaschinerie, den Befreiungskampf des kleinen vietnamesischen Volkes zu ersticken. Dafür überzogen sie riesige Flächen des mit Urwald bestandenen Landes mit dem hochgiftigen dioxinhaltigen „Agent Orange“. Mit diesem bis dahin größten Chemie-Angriff der Geschichte machte unser damaliger und heutiger Nato-Verbündeter ein Fünftel des Landes unbewohnbar, tötete oder schädigte mehr als 1 Million Menschen und machte große zur Versorgung der Bevölkerung lebenswichtige Ackerflächen unbrauchbar. Bombardierungen in einer unvorstellbaren Dimension (die Abwürfe übertrafen die Gesamtmenge der Bombenabwürfe aller Kriegsparteien im 2. Weltkrieg) und zahllose Napalm- und Phosphorangriffe trafen die Zivilbevölkerung wahllos. 1972: Ein nacktes Mädchen, durch einen Napalm-Einsatz mit

schwersten Verbrennungen getroffen und in die Kamera des Kriegsreporters Nick Út laufend, wurde zur Ikone für die Opfer des schmutzigen Krieges.



(<https://www.welt.de/geschichte/article114225870/Die-ganze-Story-um-das-Foto-vom-Napalm-Maedchen.html>)

Das Land sollte nach Plänen von US-Strategen „in die Steinzeit zurückgebombt werden“. Es war ein planvoller Ökozid und Genozid - durchgeführt übrigens mit massiver Beteiligung deutscher Chemiekonzerne. Die schrecklichen Folgewirkungen und das Leid der Menschen halten bis heute an. (Giesenfeld, Günter: *Land der Reisfelder*, 2014, p. 161 ff., 261 ff.)

Beispiel 4

Kaum bekannt wurden hierzulande die Umweltschäden in dem mit Beteiligung deutscher Truppenkontingente geführten völkerrechtswidrigen **Krieg im ehemaligen Jugoslawien** („Kosovokrieg“ der Nato vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien), insbeson-

dere durch den Einsatz von abgereicherter Uranmunition (*Depleted Uranium*), mit der ein Teil der Zivilbevölkerung und große Partien des Landes kontaminiert wurden.

Die Folgen für Mensch und Umwelt, teilweise schwerste Schädigungen nach dem Abfeuern von über 30.000 Geschossen, insgesamt über 9 Tonnen, sind bis heute nicht beseitigt. Die Nato bestritt jahrelang den Einsatz. Dieser Skandal wurde u.a. von der IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) dokumentiert und angeprangert:

“(Heute,) 20 Jahre später, zeigt sich das Ausmaß der angerichteten Schäden. Viele Menschen in den betroffenen, toxisch belasteten Regionen sind an Krebs erkrankt oder gestorben. Die medizinische Versorgungssituation ist oft unzureichend, und es erwies sich als zu kostspielig oder völlig unmöglich, verseuchte Gebiete zu dekontaminieren.”

<https://www.ippnw.de/frieden/uranmunition/artikel/de/den-opfern-des-uranwaffeneinsatzes-a.html>

Abgereicherte Uranmunition, und zwar hunderte von Tonnen, haben später auch die alliierten Luftwaffen der Briten und Amerikaner im Irakkrieg und die USA später im Syrienkrieg eingesetzt.

<https://www.ippnw.de/frieden/uranmunition/artikel/de/us-militaer-setzte-in-syrien-uranwaf.html>

„Uranmunition ist ein Abfallprodukt der Atomindustrie, das bei der Gewinnung von waffenfähigem Uran und bei der Herstellung von Brennstäben für Atomkraftwerke entsteht. Diese Munition wurde und wird in Kriegsgebieten eingesetzt. Beim Aufprall der Geschosse auf gepanzerte Oberflächen kommt es zu einer explosionsartigen Zersplitterung der Munition mit hohen Temperaturen, wodurch ein radioaktiver Staub entsteht. Dieser führt zu epidemisch auftretenden Missbildungen bei Neugeborenen und einer hohen Rate an Krebserkrankungen, wie Leukämie.

Es gilt als erwiesen, dass Uranmunition von den USA und Großbritannien im Golf-Krieg 1991, in Bosnien, Serbien und dem Kosovo und später auch in Afghanistan und wieder im Irakkrieg 2003 massenhaft eingesetzt wurde. Über den Einsatz von Uranmunition in anderen Krisengebieten, wie beispielsweise Libyen lässt sich spekulieren.

Deutschland hat bereits während des 2. Weltkriegs in Berlin, Oranienburg und anderen Orten maßgeblich zur Entwicklung dieser Munition beigetragen. Die deutschen Firmen Rheinmetall und MBB in den 70er Jahren und danach das Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen EADS haben uranhaltige Munition in Deutschland jahrelang entwickelt und getestet. Alle verantwortungsbewussten friedenspolitisch-aktiven Menschen müssen auf die Ächtung und das Verbot dieser völkerrechtswidrigen Munition hinarbeiten, die wahllos und unverhältnismäßig sowohl ZivilistInnen als auch SoldatInnen schädigt und tötet und Lebensräume auf der Erde für unabsehbare Zeiträume unbewohnbar macht.“

*ICBUW (International Coalition to Ban Uranium Weapons) Deutschland
<https://www.uranmunition.org/>*

Beispiel 5

Die eben auch in ökologischer Hinsicht verheerende Bilanz der gegenwärtigen Kriege in **Afghanistan**, im **Irak**, in **Libyen**, in **Syrien oder dem Jemen**, **wie auch in der Ostukraine** hat die am Krieg beteiligten Akteure nicht zur Aufgabe ihrer Kriegsziele bewegen können. Verwüstungen infolge von Flächenbombardements, gezielter Zerstörung der Infrastruktur, Angriffen auf petrochemische Anlagen (auch auf Ernteflächen, wieder unter Anwendung der Kriegswaffe „verbrannte Erde“, etwa durch den IS im Irak, später in Syrien) - die fortgesetzten Militäraktionen sind Brandbeschleuniger für neue Kriege und verschärfen dramatisch Massenelend und Fluchtursachen für Millionen verzweifelter Menschen.

In diesem Zusammenhang wurden gerade von der deutschen „Verteidigungs“-Ministerin „Sicherheitszonen“ unter deutscher federführender Beteiligung ins Spiel gebracht. Sie sollen eher als Türöffner für weitere Militäreinsätze fungieren, das ist kein Zufall. Die Politik stimmt die Bevölkerung konzertiert darauf ein, dass „Deutschland“ eine wichtigere Rolle, „mehr Verantwortung“ übernehmen und dabei künftig „das Spektrum militärischer Mittel (...) ausschöpfen“ soll. Auf die Truppe kommen, so Bundespräsident Schäuble bei dem öffentlichen Gelöbnisspektakel vor dem Reichstagsgebäude in Berlin am 9.11. 2019, „große Aufgaben zu“. (*Frankfurter Rundschau v. 9. Und 11.11. 2019*).

Die Militarisierung der Gesellschaft macht Fortschritte, auch die Werbekampagnen um (oft nicht einmal volljährigen!) Rekrutennachwuchs in unseren Städten sind in unseren Augen skandalös. Wir würden uns wünschen, dass SVen an Schulen, wo diese Werbung quasi ins Klassenzimmer schwappt, den Protest dagegen mit uns gemeinsam organisieren! Wie kann man „mehr Verantwortung“ sagen, wenn Vorbereitung von Aggression gemeint ist? Das ist erkennbar kein linguistischer Ausrutscher, und Oberstufenschüler*innen könnten solche sprachliche Manipulation durchschauen, lange bevor sie ihr Abi gemacht haben. So hilfreich wird doch der Deutschunterricht noch sein!

Zur Militarisierung gehört die Kampagne in unserem Landkreis, mit 'gelben Schleifen' für die Akzeptanz des Treibens der Division Schnelle Kräfte zu werben („Einsatzbereit. Jederzeit. Weltweit“), aber auch das Ausgrenzen von Organisationen, die sich öffentlich für zivile politische Alternativen einsetzen, so die jüngst erfolgte Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA durch die Berliner Finanzverwaltung. Während diese seit Jahrzehnten dezidiert antifaschistisch und antimilitaristisch arbeitende Organisation inkriminiert wird, darf sich andererseits etwa die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“ in Bonn, ein von der Rüstungsindustrie dominierter Lobbyverband, darüber freuen, dass seine Mitglieder Steuervorteile kassieren. (*Hinweis M. Heinzmann, Leserbrief, Frankfurter Rundschau v. 27.11.2019*). Dass hier eine koordinierte Strategie von staatlichen Stellen verfolgt wird, ist nach der vorausgegangenen Aberkennung der Gemeinnützigkeit von (im politischen Raum wirkenden und zu Kampagnen fähigen) Organisationen wie *Attac* und *Campact* zumindest nicht auszuschließen.

Detail 1

Mit dem **Export von Waffen** in kriegführende Länder oder sog. Konfliktregionen werden massiv unkontrollierbare Potenziale für die Vernichtung von immer mehr Menschen und die Zerstörung ihrer Umwelt angehäuft. Ihre Anwendung ist „todsicher“. Das Klingeln der Kassen bei den Rüstungskonzernen auch. Die Exporteure selbst stellen sich blind.

Die Waffenverkäufe der Bundesrepublik erreichen eine Rekordmarke nach der anderen. Die Bundesregierung hat in den ersten zehn Monaten 2019 Rüstungsexporte im Wert von 7,42 Milliarden € genehmigt, fast so viel wie im Rekordjahr 2015, als die Große Koalition Ausfuhren von Waffen und anderen Rüstungsgütern für 7,86 Milliarden € erlaubte. Bereits zur Jahreshälfte hatten die Exportgenehmigungen mit 5,3 Milliarden € die des gesamten Vorjahres übertroffen. (Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linken, Meldung v. 13.11.2019 - <https://www.dw.com/de/deutsche-waffenexporte-vor-neuer-h%C3%B6chstmarke/a-51221739>)

Detail 2

Die weltweite Aufrüstung, das wahnhafte Streben nach Hegemonie und militärischer Überlegenheit, verschlingt nicht nur Geld, das überall für Investitionen in zerfallende Infrastrukturen und zur Reparatur zerstörter Umwelt und für das technologische Umsteuern dringend gebraucht wird. Sie vernichtet auch in gigantischem Maß wertvolle Rohstoffe, bedarf der Erzeugung riesiger Energiemengen und verschwendet die Arbeitskraft und technische Intelligenz von Millionen Facharbeiter*innen und Ingenieur*innen. Bei täglichen Übungen des Militärs und bei Großmanövern, in denen „**Operationen verbundener Kräfte**“ geübt und immer wieder Drohkulissen gegen Osten aufgebaut werden, verursachen die Truppen ständig einen enormen Treibstoff-, Kampfmittel- und Energieverbrauch mit entsprechendem CO₂-Anfall. Die Beeinträchtigung großer Naturareale, die Beschädigung von Flora und Fauna - für die Planer sind das Flurschäden.

(Der ‚**ökologische Fußabdruck**‘ der Bundeswehr ist noch nicht erhoben worden, er wäre eine interessante Argumentationsgröße; momentan ist vom BMVg eine Antwort auf eine entsprechende Anfrage der IMI vom 10.Juli 2019 angekündigt. <https://fragdenstaat.de/anfrage/wie-ist-der-ökologische-fuabdruck-der-deutschen-bundeswehr/>)

Für Militärstrategen, die zur Realisierung von Kriegszielen das effiziente Umbringen von Menschen und das Vernichten von Ressourcen brauchen, spielt die Umwelt keine Rolle. Es sei denn, sie muss vor Kriegshandlungen

verschont bleiben, wenn es sich z.B. um ergiebige Ölquellen handelt, wie der US-Präsident kürzlich beim Abzug amerikanischer Truppen aus dem Kampfgebiet in Syrien wissen ließ.

„Rüstung tötet – bereits im Frieden“. Sächliche und humane Ressourcen werden vernichtet, die anderswo dringend zum Leben und Überleben benötigt werden. Geht es um ganze Staaten, ist auch die Rede vom „Totrüssten des Gegners“. Vielleicht trifft es ein anderes Bild besser: In einem Lied, das der Friedensbewegung gewissermaßen zur Ikone wurde („Das weiche Wasser bricht den Stein“ von den **„Bots“**) heißt es: „Die Rüstung sitzt am Tisch der Welt...“ Mir gefällt diese Metapher, weil sie anschaulich macht, mit welcher Selbstverständlichkeit die internationalen Waffenkonzerne sich am gemeinsam erwirtschafteten Reichtum dieser Erde laben. Aber dass sie, guten Appetit!, von uns noch ermuntert werden, sich weiter zu mästen, ist das wahre Problem!

Weltweit sind es nach **SIPRI-Angaben** bereits 1.800 Milliarden \$, die jährlich fürs Militär ausgegeben werden, allein die Nato-Staaten geben 1.000 Milliarden \$ aus. (Russland übrigens, zum Vergleich, gibt 61 Milliarden \$ aus - gewiss ebenso Geld, das für soziale und Umweltprojekte fehlt, aber doch nur ein Bruchteil von dem, was die Nato-Staaten ausgeben.)

Die Militärausgaben der BRD für 2020 betragen nach Nato-Kriterien 55 Mrd. \$, sie werden bei Erreichen des Nato-Ziels von 2% BIP auf die Summe von knapp 80 Mrd. \$ klettern. (*Mitteilung J. M. Becker v. 26.7.2019*)

Alles Alternativlos? Die Weltgemeinschaft wurde erstmals im Kalten Krieg Zeuge von jahrelang international und bilateral geführten Verhandlungen, die erfolgreich zu substantiellen Übereinkünften der damals führenden „Supermächte“ führten: über Abkommen zum Atomwaffenteststopp, zum Atomwaffen-Weiterverbreitungsverbot, zu Rüstungskontrollen, Rüstungsbegrenzungen und Abrüstungsmaßnahmen. Wenn heute (In mühsamen Verhandlungen vereinbarte) Aufrüstungsbeschränkungen einseitig aufgekündigt werden (INF-Vertrag; Iranabkommen) in der Absicht, die gegenseitige Position zu schwächen, ist dies gegenüber der Weltgemeinschaft besonders verwerflich, denn es führt notwendig zu neuem Wett-

rüsten - u.a. mit der Folge weiterer unkontrollierter Ressourcenvernichtung.

These 3: Wer Kriegsvorbereitungen stoppen will, darf Aufrüstung nicht zulassen.

Bei einer Steigerung des Gesamthaushalts von 1 % gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr will die Bundesregierung im nächsten Jahr 44,9 Milliarden € für das Militär ausgeben, nach Nato-Kriterien sogar über 50 Mrd. Das ist eine Steigerung der Ausgaben um mehr als 4 %. Frau Kramp-Karrenbauer und ihrer Partei ist das nicht genug: Sie verlangt **Ausgabensteigerungen bis auf die Höhe von 2% des Bruttoinlandsprodukts**. Das BIP ist der Wert aller Güter und Dienstleistungen, die pro Jahr erwirtschaftet werden. Da das BIP jedes Jahr steigt, erhöht sich auch der geforderte Anteil der Militärausgaben. Bei einem so geplanten kontinuierlichen Anstieg würden innerhalb der nächsten Jahre zusätzliche 50 Milliarden € ökologisch besonders „unkorrekt“ verpulvert, bis das Ziel von 2% des BIP (dann vermutlich fast 80 Milliarden €) erreicht wäre! Das ist Wahnsinn!

Oft, und es ist als „Argument“ gemeint, wird gesagt: Um den Frieden zu erhalten, brauchen wir doch ein starkes, ja ein überlegenes Militär. Denn sonst... Ja, was sonst??? Das „Argument“ ist seit Jahrhunderten im Umlauf, beruft sich sogar auf den römischen Schriftsteller Cicero und kommt auch in der Fassung „Si vis pacem, para bellum“ daher. Ihm sind seit Jahrhunderten Millionen gefolgt, bis in die Schlacht. Das war die falsche Richtung, auf dem falschen Weg! Richtig müsste es eben heißen: „Si vis pacem, para pacem!“

(Diese „Korrektur“ taucht in friedenswissenschaftlichem Zusammenhang erstmals 1863 auf, "if you wish for peace, prepare for peace" bei John Nobel. (Arbitration and a congress of nations as a substitute for war in the settlement of international disputes)

https://de.wikipedia.org/wiki/Si_vis_pacem_para_bellum//

Das würde dazu führen, Sicherheit zu verstehen als gegenseitiges Ziel von politischen Vereinbarungen, die den Waffengang als Lösungsoption hinter sich lässt.

Bedrohungsszenarien werden von Propagandisten der Aufrüstung an die Wand gemalt. Dafür werden sie bezahlt. Eine Politik, die sich bemühen würde, Sicherheit auf faire Wirtschaftsbeziehungen und gegenseitigen Respekt zu bauen, fehlt.

Was aber ist gewonnen mit einer ostwärts gerichteten gesteigerten „Kriegsführungsfähigkeit“ der Nato, oder einer gegen Russland aufgebauten Drohkulisse der EU?

Eine neue Sicherheitspolitik, die die Sicherheit des Anderen zur gleichwertigen Bedingung macht, ist notwendig, wenn weltweit Abrüstung organisiert werden soll - und nur so wären die Aufgaben des ökologischen Umbaus nachhaltig zu finanzieren! Das wird aktuell aufgezeigt von dem von uns aufgegriffenen Szenario der Badischen Landeskirche: „Sicherheit neu denken: Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“. (<http://www.ekiba.de/friedensszenario>)



Aktion mit Abrüstungs-Quizz. Augustinertreppe Marburg, 18.11.2019

Das Beharren auf militärisch begründeter Überlegenheit über die andere Seite ist ein fataler Irrweg. **Die Alternative ‚Abrüsten statt Aufrüsten‘ ist zwingend.** Wer die sozialökologische Wende will, muss diese Forderung der Friedensbewegung aufnehmen.

Auch Waffenproduktion und –Exporte sind dagegen keineswegs alternativlos. Es ist ein von interessierter Seite immer wieder verbreitetes Märchen, dass der ‚Produktionssektor Rüstung‘ volkswirtschaftlich von großer Bedeutung wäre. Die Fakten sehen anders aus:

In der Rüstungs**produktion** unseres Landes arbeiten im Kern ca. 80.000 Menschen (bei 46 Mio. Erwerbstätigen insgesamt).

Für den Rüstungs**export** arbeiten hiervon ca. 20 %.

Die **Rüstungsproduktion** insgesamt macht weniger als 1 % unseres BIP aus, der Anteil des **Rüstungsexports** beträgt 0,2 %.)

Die in der Rüstungsproduktion **Beschäftigten** machen, selbst wenn die Zulieferbetriebe eingerechnet werden, nur ca. 0,2 % Prozent aller Beschäftigten aus. (*Mitteilung J. M. Becker v. 26.7.2019*)

(Und es handelt sich um Beschäftigte, die aufgrund ihrer beruflichen Qualifizierung in zahllosen anderen Bereichen gebraucht werden können.)

Alle diese Fakten zeigen, dass ein vollständiger Umstieg in zivile Produktion („Konversion“) volkswirtschaftlich mindestens ebenso gut zu organisieren wäre wie etwa der Ausstieg aus der Kohle-Technologie!

Dass ein Konzern mehr Gewinn für einen in ein Krisengebiet gelieferten Panzer einstreichen kann als für zivile technische Erzeugnisse von gleichem Wert, stimmt - es ist aber eben eine Sauerei, die dem Rüstungsexporteur im Zweifelsfall noch vom Staat per Hermes-Bürgschaft garantiert wird, was vielleicht der noch größere Skandal ist!

These 4: Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen, also auch die Ressourcenvernichtung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten stoppen will, darf nicht schweigen gegenüber dem kapitalistischen System.

Die neue Dynamik im Kampf für den Schutz unserer Umwelt und das (ausbaufähige!) Engagement für eine friedliche Zukunft können die bestehenden Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten nur verändern, wenn wir es verstehen, die Interessen der abhängig Beschäftigten und der von Erwerbsarbeit Ausgegrenzten solidarisch zu verteidigen. Wir leisten uns ein System, das es der kleinsten, reichsten Klasse von Menschen erlaubt, über die gemeinsam erwirtschafteten Früchte der Arbeit von Milliarden Menschen unbegrenzt und nach Belieben zu verfügen.

Es wird den grundlegenden Lebensinteressen der Menschen immer weniger gerecht. Es rettet uns nicht vor der akuten Klimakrise, und die lebensbedrohliche Zerstörung unserer Umwelt wird ihm erst zum Thema, wenn die Rendite bedroht ist und eine Gewinnwarnung für die Aktionäre verschickt werden muss.

Egal, worum es geht,

ob um menschenwürdiges Auskommen durch die Entlohnung menschenwürdiger Arbeit,
um bezahlbares Wohnen, sozialgerechte Bildungs- und Zukunftschancen oder
die Sicherung gesunder Lebensgrundlagen wie saubere Luft, sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel und eine sozial gerechte Gesundheitsversorgung ...

- den Bedürfnissen der Menschen stehen überall private Verwertungsinteressen des Kapitals entgegen, und die Politik verweist auf fehlende Handlungsspielräume, Schuldenbremsen und Schwarze Nullen.

Im Zweifel sind die geballten Profitinteressen in der Lage, je nach Einschätzung und Verwertungslogik, völlig Unterschiedliches zuzulassen: Überfluss oder Mangel, Armut und Hunger
friedliche Handelsbeziehungen oder Kriege,
viel CO₂-Ausstoß oder gigantische Windparks und Solarenergieprojekte,

Demokratie oder Willkürherrschaft,
etwas mehr Einkommen für die Vielen oder noch mehr Schlaraffenland für die Wenigen...

Wenn wir wollen, dass diese Welt „lebenswert bleibt“, sollten wir zuerst verstehen, dass sie für die meisten Menschen überhaupt erst lebenswert gemacht werden muss. Das ist eine globale Aufgabe, aber auch eine in unserem reichen Land - angesichts millionenfacher Armut, prekärer Beschäftigung und menschenunwürdiger Lebensverhältnisse!

Die gerechte und nachhaltige Bereitstellung von Lebens- und Zukunftschancen ist diesem kapitalistischen System, das sich jetzt über 7 Jahrhunderte entwickelt hat, fremd. Das Versprechen, mit dem „Weiter So“ dieses Systems könne die Menschheit auch nur weitere 70 Jahre „auskömmlich“ leben, ist unglaublich.

Der Kampf für den Klimaschutz und der Kampf für Abrüstung und Frieden, für eine sozialökologische Wende kann aber nur gewonnen werden, wenn es gelingt, die Herrschaft des Kapitals zu zivilisieren, was letztlich darauf hinausläuft, sie aufzuheben.

Die Rechtsgarantien, mit denen kleinsten Minderheiten willkürliche private Verfügung über den riesigen Reichtum zugestanden wird, der durch gemeinsame Arbeit erwirtschaftet wird, ersticken unsere Zukunft. Sie gilt es zu transformieren. Ohne Verteilungsgerechtigkeit und demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht entsteht keine Zukunftsfähigkeit. Damit ist diese Auseinandersetzung auch Teil der internationalen sozialen Klassenkämpfe. Über die Frage, ob sie erfolgreich geführt werden können, will ich hier nicht spekulieren, darüber entscheiden die Aktionen der Millionen, die sich verabreden, den Druck auf den Straßen in den Metropolen zu organisieren. Sie werden auch darüber entscheiden, welche Richtung der Druck nimmt.

Die Mittel der Herrschenden, die der sozialökologischen und friedenspolitischen Wende im Weg stehen, sind vielfältig. Sie haben auch gelernt, Menschen, die bereit sind, gegen ihre Interessen zu handeln, zu Komplizen zu machen. Die Herrschenden haben ein feines Sensorium für ihre ei-

genen Interessen. Sie werden verstanden haben, dass es um eine antikapitalistische Wende geht.

Für die Durchsetzung ihrer Interessen brauchen sie aber die Zustimmung von Mehrheiten, und seien es passive. Es gibt kein Naturgesetz, das diese Zustimmung garantiert! Deshalb sollten wir uns darüber verständigen, welche gemeinsamen Strategien, Bündnispartner und Aktionsformen wir für zweckmäßig, wünschenswert und möglich halten.

Wir können uns verabreden, alle Schritte, die über unser jeweiliges Tagesgeschäft hinausgehen, gemeinsam zu diskutieren, zu planen und öffentlich zu kommunizieren.

Dabei sollten wir uns durchaus leiten lassen von der Idee einer **anderen Welt, die möglich ist**. Davon träumt nicht nur ATTAC, davon sollten wir uns alle inspirieren lassen.



Gern möchte ich zum Schluss das Wort eines deutschen Dichters aufgreifen, der seinerzeit, weil er Jude war, vor den Nazis fliehen und lange im englischen Exil leben musste, Erich Fried. Er schrieb, viele Jahre bevor die meisten der hier Anwesenden geboren wurden:

Wer will,
dass die Welt bleibt
wie sie ist
will nicht
dass sie bleibt.

Und im Hinterkopf behalten dürfen wir unbedingt:

GG Art 26 (1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

Artikel 69 Hessische Verfassung: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

(Vortrag im Rahmen der Public Climate School @ Klimastreikwoche am 28.11.2019 in Marburg, mit geringfügigen Ergänzungen)
<https://www.uni-marburg.de/de/fb15/arbeitsgruppen/ag-kuzu/scientists-4-future-marburg/programm-print-public-climate-school-stand-18112019.pdf>

*Aktuelle Informationen zu Krieg und Frieden u.a. auf den
Homepages von folgenden Friedensorganisationen (12.10.2025):*

Marburger Bündnis ‚Nein zum Krieg‘:

<https://www.antikriegsbuendnismarburg.de/>

Netzwerk Friedenskooperative

Network of the German Peace Movement:

<https://www.friedenskooperative.de/>

Sicherheit neu denken.

<https://www.sicherheitneudenken.de>

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

<https://www.frieden-und-zukunft.de>

Informationsstelle Militarisierung (IMI)

<https://www.imi-online.de>

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des
Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (**IPPNW**)

<https://www.ippnw.de>

ICAN Deutschland | Kampagne für ein Atomwaffenverbot

<https://www.icanw.de/>

**DFG-VK - Deutsche-Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienst-
gegner**

<https://dfg-vk.de/>

Pax Christi - Internationale Katholische Friedensbewegung

<https://www.paxchristi.de/>

Bundesausschuss Friedensratschlag

<https://friedensratschlag.de>

Ingeborg Bachmann

Alle Tage

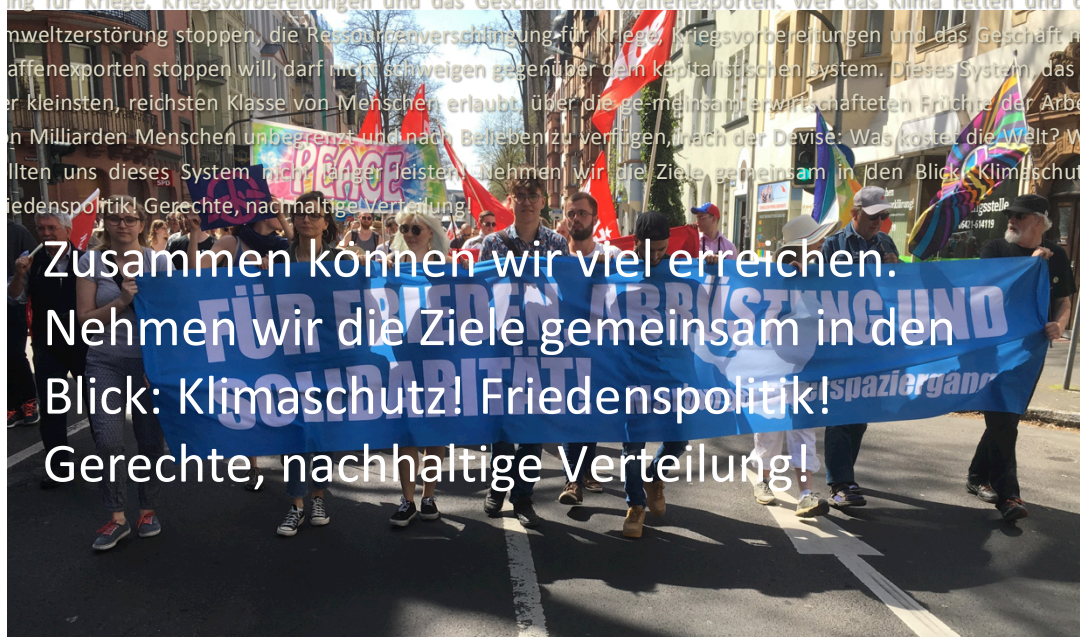
Der Krieg wird nicht mehr erklärt,
sondern fortgesetzt. Das Unerhörte
ist alltäglich geworden. Der Held
bleibt den Kämpfen fern. Der Schwache
ist in die Feuerzonen gerückt.
Die Uniform des Tages ist die Geduld,
die Auszeichnung der armselige Stern
der Hoffnung über dem Herzen.

Er wird verliehen,
wenn nichts mehr geschieht,
wenn das Trommelfeuer verstummt,
wenn der Feind unsichtbar geworden ist
und der Schatten ewiger Rüstung
den Himmel bedeckt.

Er wird verliehen
für die Flucht von den Fahnen,
für die Tapferkeit vor dem Freund,
für den Verrat unwürdiger Geheimnisse
und die Nichtachtung
jeglichen Befehls.

(1952)

Das Marburger Bündnis ‚Nein zum Krieg‘ grüßt die Teilnehmer*innen der Demonstration zum Abschluss der Klima-Aktionswoche! Wir unterstützen Eure Forderungen nach einer unverzüglichen klimapolitischen Wende: So darf es nicht weitergehen! Die mutigen und beharrlichen Aktionen zahlloser junger Menschen zeigen: Wir können gemeinsam etwas bewegen! Wir rufen euch zu: Wer das Klima retten will, muss die Umweltzerstörung stoppen. Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen will, darf nicht schweigen über die Ressourcenverschlingung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten. Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen, die Ressourcenverschlingung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten stoppen will, darf nicht schweigen gegenüber dem kapitalistischen System. Dieses System, das es der kleinsten, reichsten Klasse von Menschen erlaubt, über die gemeinsam erwirtschafteten Früchte der Arbeit von Milliarden Menschen unbegrenzt und nach Belieben zu verfügen, nach der Devise: Was kostet die Welt? Wir sollten uns dieses System nicht länger leisten! Nehmen wir die Ziele gemeinsam in den Blick: Klimaschutz! Friedenspolitik! Gerechte, nachhaltige Verteilung! Gemeinsam können wir viel erreichen. Das Marburger Bündnis ‚Nein zum Krieg‘ grüßt die Teilnehmer*innen der Demonstration zum Abschluss der Klima-Aktionswoche! Wir unterstützen Eure Forderungen nach einer unverzüglichen klimapolitischen Wende: So darf es nicht weitergehen! Die mutigen und beharrlichen Aktionen zahlloser junger Menschen zeigen: Wir können gemeinsam etwas bewegen! Wir rufen euch zu: Wer das Klima retten will, muss die Umweltzerstörung stoppen. Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen will, darf nicht schweigen über die Ressourcenverschlingung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten. Wer das Klima retten und die Umweltzerstörung stoppen, die Ressourcenverschlingung für Kriege, Kriegsvorbereitungen und das Geschäft mit Waffenexporten stoppen will, darf nicht schweigen gegenüber dem kapitalistischen System. Dieses System, das es der kleinsten, reichsten Klasse von Menschen erlaubt, über die gemeinsam erwirtschafteten Früchte der Arbeit von Milliarden Menschen unbegrenzt und nach Belieben zu verfügen, nach der Devise: Was kostet die Welt? Wir sollten uns dieses System nicht länger leisten! Nehmen wir die Ziele gemeinsam in den Blick: Klimaschutz! Friedenspolitik! Gerechte, nachhaltige Verteilung!



Zusammen können wir viel erreichen.
Nehmen wir die Ziele gemeinsam in den
Blick: Klimaschutz! Friedenspolitik!
Gerechte, nachhaltige Verteilung!